

Calmer Tagblatt

Nr. 265.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Verbreitungsweg: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Btg. Restlos 2.— Btg. — Auf Samstagsausgaben kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 3.

Freitag, den 12. November 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mt. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Ende des Berliner Elektrizitätsarbeiterstreiks. Eine Verordnung der Reichsregierung.

Berlin, 10. Nov. Unter dem heutigen Tage erging folgende Verordnung des Reichspräsidenten über die Stilllegung von Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen: Auf Grund des Artikels 47, Absatz 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit für das Reichsgebiet folgendes: § 1. In Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, sind Ausperrungen, Arbeitsniederlegungen und Streiks erst zulässig, wenn der zuständige Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt und seit Verkündung des Schiedsspruchs mindestens 3 Tage vergangen sind. Wer zur unzulässigen Ausperrung oder Arbeitsniederlegung auffordert, oder zur Durchführung eines solchen Streiks an Maschinenanlagen, Einrichtungen usw. Handlungen vornimmt, wodurch die ordnungsmäßige Fortführung des Betriebes unmöglich gemacht oder erschwert wird, wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft. Ebenso wird bestraft, wer unzulässige Ausperrungen vornimmt. § 2. Werden durch die Ausperrung oder Arbeitsniederlegung Betriebe der genannten Art ganz oder teilweise stillgelegt, so ist der Reichsminister des Innern ermächtigt, durch Notstandsarbeiten die Notstandsversorgung zu sichern, sowie alle Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, die zur Versorgung der Bevölkerung oder der Weiterführung des Betriebs geeignet sind. Hierzu gehört auch die Herbeiführung der Befriedigung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmender. Die durch berartige Anordnungen entstehenden Kosten fallen den Betriebsunternehmern zur Last. § 3. Arbeiter, Angestellte und Beamte, die in Beachtung der Bestimmungen des § 1 die Arbeit in den genannten Betrieben weiterführen, oder gemäß § 2 die angeordneten Notstandsarbeiten zur Sicherung der Notstandsversorgung leisten, dürfen dieserhalb in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden. § 4. Die Verordnung tritt mit dem 10. November in Kraft.

Berlin, 11. Nov. Heute Nachmittag um 5 Uhr wurde in den durch den Streik stillgelegten Werken Moabit und Rummelsburg die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen. In dem gleichfalls im Streik befindlichen Gaswerk in Charlottenburg wird, wie bereits gemeldet, morgen Vormittag die Arbeit wieder aufgenommen. Im Gaswerk Zegele wird die Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit morgen früh 10 Uhr stattfinden. Nachdem voraussichtlich heute Nacht der Gaspa-Strom wieder angeschlossen werden soll, wird es möglich sein, morgen früh elektrischen Strom in vollem Umfang abzugeben.

Berlin, 12. Nov. Die städtischen Hilfskräfte, die dem Magistrat ein Ultimatum gestellt hatten, haben beschlossen, um die Finanzen der Stadt nicht unnötig zu beschwären, bis zur Aufstellung des neuen Stats von weiteren Lohnforderungen absehen zu wollen.

Berlin, 12. Nov. Wie die Morgenblätter mitteilen, sind während der fünftägigen Dunkelheit, die infolge des Streiks der Elektrizitätsarbeiter in den Straßen Berlins herrschte, für rund 1 1/2 Millionen Mark Waren der verschiedensten Art aus Wohnungen und Geschäftsräumen aller Stadtviertel geholt worden.

Berlin, 12. Nov. In den Kommentaren der Morgenblätter über die Beendigung des Streiks der Elektrizitätsarbeiter klingt es wie ein Aufatmen über die endliche Beilegung des Alps, der auf dem Berliner Wirtschaftskreis lastete. Die „Tägl. Arbzt.“ zollt der Reichsregierung Dank für das Eingreifen durch den Erlass der Verordnung gegen die wilden Streiks. Wenn der Regierung vorgeworfen werde, daß sie nicht früher zum Rechts gehen, so verkenne man die Schwierigkeiten der verfassungsrechtlichen Lage; sie habe die Rechte Preußens und der Selbstverwaltung respektieren müssen. — Auch das „B. Tgl.“ spricht dem Reichspräsidenten und dem Kabinett seinen Dank aus, daß sie den Terror einer kleinen Schicht von Arbeitern mit gesetzlich zulässigen Mitteln gebrochen haben. — Der „Vorwärts“ nimmt den Oberbürgermeister Wermuth gegen die vielen Angriffe auf ihn in Schutz und sagt, er habe durchaus richtig gehandelt, wenn er den Gewaltakt der Spitz und Genossen nicht mit gleicher Münze beantwortete, solange noch eine Aussicht auf friedliche Lösung bestand. — Die „Freiheit“ bezeichnet das Ende des Streiks als einen Mißerfolg der Arbeiter. Für die beteiligten Arbeiterkategorien sei nichts erreicht worden, was nicht auch ohne diesen Streik hätte erreicht werden können. Das Blatt verurteilt das isolierte Vorgehen der Elektrizitätsarbeiter, da ihre Arbeits-

niederlegung die Lebensinteressen eines großen Wirtschaftsbezirks mit einer Millionenbevölkerung getroffen habe, die vorwiegend den arbeitenden Schichten angehöre. Die wirtschaftlich lebensnotwendigen Betriebe hätten sich ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Arbeiterklasse bewußt bleiben müssen.

Südslawisch-italienische Einigung.

Rom, 12. Nov. (Stefani.) Nach einer Meldung aus Santa Margherita ist Giolitti mit den Generalstabschefs der Armee und der Marine dort eingetroffen. Er wurde u. a. vom Grafen Sforza und dem Ministerpräsidenten Besnitch empfangen. Giolitti sprach bei der Begrüßung von Besnitch den Wunsch aus, daß die zukünftigen Beziehungen zwischen Italien und Südslawien die herzlichsten sein möchten. Heute wird eine Vollziehung beider Delegationen in Gegenwart Giolittis stattfinden.

(W.B.) Santa Margherita, 12. Nov. (Stefani.) Die südslawische Abordnung erklärte, die italienischen Vorschläge als gerecht anerkannt zu haben. Die Annahme dieser Vorschläge bildet eine feste dauerhafte Grundlage für eine italienisch-südslawische Entente und Freundschaft. Die Beizühlichkeit der Abordnungen beider Länder sichert den zukünftigen Frieden in Mitteleuropa und auf dem Balkan.

Rom, 11. Nov. Graf Sforza erklärte gegenüber dem nach Santa Margherita entsandten Sonderberichterstatter des „Messaggero“, daß die Einigung im Grunde rasch zustande gekommen sei. Auch im Osten erziele Italien eine gute Alpengrenze. Zara sei gerettet. Er begreife und teile den Schmerz der italienischen Brüder in den Gebieten Dalmatiens, die nicht unter die Tricolore kämen, indessen sei dieses Bedauern ein weiterer Beweis der politischen Klugheit der Entschlüsse Italiens. Italien müsse immerwährende freundschaftliche Beziehungen zu seinen Nachbarn begründen und nicht vergessen, daß diese innerhalb der Grenzen Italiens eine halbe Million ihrer Volksgenossen zurücklassen. Den im Nachbarstaat verbleibenden Italienern und den Slawen, die Bürger Italiens würden, erwache die edle Aufgabe, an der Herstellung inniger geistiger und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu arbeiten.

(W.B.) Rom, 11. Nov. Stefani meldet aus Santa Margherita, daß die auf der Konferenz der italienischen und jugoslawischen Delegierten gefassten Beschlüsse für Italien in jeder Hinsicht befriedigend sind. Die julische Grenze wird den Schneeberg einbezogen und bis an den unabhängigen Staat Fiume reichen. Die übrigen Fragen wurden kurz berührt und werden heute weiter besprochen werden.

Rom, 11. Nov. (Stefani.) Die Blätter melden aus Belgrad, daß Jugoslawien nach den gestern getroffenen Vereinbarungen die Unabhängigkeit Fiumes und die Souveränität Italiens über Zara und die Inseln Cherso, Lussin, Lagosta und einer Reihe weiterer kleinerer Inseln anerkennen würde.

Die Politik Englands.

England und die Weltlage.

London, 10. Nov. In seiner Rede auf dem Lordmajor-Bankett fuhr Lloyd George nach seinen Ausführungen über Deutschland fort, er wünsche, er könnte ebenso hoffnungsvoll von Russland sprechen. Der unmögliche, irrsinnige Bolschewismus könne nicht am Leben bleiben. Was ihn jedoch überleben könne, sei eine Anarchie, die eine Gefahr für die Welt bilden werde. Hierauf wandte sich Lloyd George den inneren Fragen zu. Er betonte die Notwendigkeit, die Atmosphäre des Argwohns bei den Arbeitern sogar ihren eigenen Führern gegenüber zu beseitigen. In Bezug auf den Nordfeldzug (?) in Irland sagte Lloyd George, eine Ausöhnung könne nicht erfolgen, bevor die Nordverschwörung aufgehört habe. Lloyd George sagte schließlich: Wir bieten Irland nicht Unterwerfung an, sondern Gleichheit, nicht Sklaverei, sondern ehrenvolle Teilhaberschaft im größten Reich der Welt. (111)

Amsterdam, 10. Nov. In einer in London gehaltenen Rede über den Völkerverbund erklärte Lord Robert Cecil, wenn man die wirkliche finanzielle Lage vieler Länder in Erwägung ziehe und sich vorstelle, was geschehen würde, wenn das ganze System, auf dem die augenblickliche Gesellschaft aufgebaut sei, endgültig zusammenbräche und an den Hunger, die Krankheiten und die Not denke, die die unermesslichen Folgen davon sein würden, so müsse jedermann zugeben, daß die Finanzlage augenblicklich die dringendste Frage sei, mit der sich eine internationale Versammlung überhaupt befassen könne. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund bezeichnete Cecil als wünschenswert.

(W.B.) London, 12. Nov. (Unterhaus. — Reuter.) Lloyd George teilte mit, daß die Regierung beschlossen habe, die Ver-

tretung Großbritanniens beim Vatikan, die seit dem 1. Jahr des Krieges bestesse und gute Ergebnisse gezeitigt habe, weiter bestehen zu lassen. Lloyd George teilte auch mit, daß die Regierung beschlossen habe, die im Jahre 1918 im Besitz der Sinn Feiner-Führer gefundenen Dokumente, die beweisen sollen, daß die Fren an einer deutschen Verschwörung teilnahmen, zu veröffentlichen. Lloyd George gab außerdem seiner Hoffnung Ausdruck, daß er in der Lage sein werde, in gewissem Maße an der Arbeit der Völkerverbundversammlung in Genf teilzunehmen.

Die englischen Besatzungskosten.

Amsterdam, 10. Nov. Dem „Telegraaf“ zufolge erklärte Churchill im englischen Unterhaus, die Kosten für die britische Besatzung am Rhein für das laufende Jahr würden auf 36 Mill. Pfund Sterling geschätzt. Die Gesamtausgaben für das Besatzungsheer betrügen vom Waffenstillstandsabschluß bis zum 30. September 1920 ungefähr 61 Millionen Pfund Sterling. — Das sind nach dem heutigen deutschen Valutastand etwa 12 Milliarden Mark, die Deutschland zahlen muß.

Die irische Frage.

(W.B.) London, 12. Nov. Das Reutersche Bureau meldet, daß die gestern bei der 3. Lesung der Home-Rule-Bill im Unterhaus gehaltenen Reden sehr gemäßig im Tone waren. Asquith trat dafür ein, daß eine wirkliche Grundlage für eine Regelung gefunden werde. Lloyd George hob ausdrücklich hervor, daß die fundamentale Bedingung für die Gewährung von Home-Rule, die Aufrechterhaltung der Integrität und die Verbürgung der strategischen Sicherheit des Vereinigten Königreichs sei. Desgleichen dürfe auf Ulster kein Zwang ausgeübt werden. Lloyd George trat unter Hinweis auf eine angebliche Verschwörung zwischen Sinn Feinern und Deutschen im Jahre 1918 für völlige Kontrolle der irischen Häfen ein.

(W.B.) London, 12. Nov. Sämtliche irische Eisenbahnen mit Ausnahme der Großen Nordbahn werden Ende dieser Woche stillgelegt, um das ausländische Irland vom Verkehr abzuschneiden. Von anderer Seite verlautet, daß sich die Eisenbahner weigern, Polizei und Militär zu befördern.

London, 11. Nov. Hilfspolizisten drangen in Leitrim (Co. Lond.) in die Geschäftsräume des Blattes „Observer“ ein und zerstörten die Maschinen, sowie anderes Material. Auch andere Häuser in Leitrim wurden in dieser Weise heimgesucht.

Washington, 11. Nov. Der englische Botschafter lenkte die Aufmerksamkeit des Staatsdepartements darauf, daß nach einer nach Irland gelangten Meldung Vergeltungsmaßnahmen gegen englische Untertanen in Amerika angedroht würden, falls England den Repressalien von Militär und Polizei in Irland nicht bis 14. November ein Ende bereite.

Der Vatikan und die irische Frage.

(W.B.) Rom, 11. Nov. Der „Obl. Romano“ veröffentlicht ein gemeinsames Schreiben des irischen Episkopats an den Paps, in dem die irische Lage geschildert wird. Der „Observer“ schreibt dazu, das Schreiben hätte im Vatikan einen tiefen Eindruck hinterlassen, da die Sprache der Bischöfe nicht übertrieben erscheine. Das Blatt hoffe lebhaft, die englische Regierung möge für Irland tun, was sie für andere Länder getan habe und was sie vor und während des Krieges den kleinen Nationalitäten versprochen habe. Das sei der einzige Weg, die irische Frage zu lösen.

Zur äußeren Lage.

Englische Spitzfindigkeit bezüglich Helgoland.

(W.B.) London, 12. Nov. Im Oberhaus erklärte Lord Crawford namens der Regierung in Beantwortung einer Anfrage, daß das deutsch-englische Abkommen über Helgoland vom Jahre 1890 durch den Krieg ungültig geworden sei. Es bestehe nicht die Absicht, es zu erneuern, womit nicht gesagt sei, daß die deutsche Oberhoheit über die Insel aufgehört habe. — (Natürlich würde man Helgoland gern als englische See festung ausbauen.)

Die „Freie“ Stadt Danzig.

(W.B.) Danzig, 11. Nov. Die Danziger Bevollmächtigten haben vorgestern abend die Konvention unterzeichnet. Oberbürgermeister Sahn ist zum Vertreter Danzigs für Genf bestellt worden und mit dem Abg. Schwegmann, Schuemmer und Dr. Zimi in Genf eingetroffen.

Warschau, 11. Nov. (Havas.) Wie man zu wissen glaubt, ist die polnische Regierung im Einverständnis mit der Botschafterkonferenz gewillt, das Danziger Übereinkommen zu unterzeichnen.

Freunde und Be-
n 13. Novemb.

Feier

in Stammheim

mer in Calw.

in Stammheim

Einladung ent-

bach.

Freunde und Be-

n 13. Novemb.

Feier

in Röttenbach

in Zworenberg

in Röttenbach

Einladung ent-

Freunde und

den 13. Nov.

Feier

in Hirsau

Flaschner,

eindepfleger

Flaschnermstr.

Hirsau.

tigen Preisen

J. Steudle,

kt.

Samstag habe

jährige

reits=

erde

verkauf stehen,

haber freund-

Telefon Nr. 2.

Düstere Betrachtungen des dänischen Regierungsorgans über Deutschlands nächste Zukunft.

Kopenhagen, 10. Nov. In einem Leitartikel beschäftigt sich „Politiken“ mit Artikel 233 des Friedensvertrags, der bestimmt, daß die von Deutschland zu entrichtende Entschädigungssumme von der Wiedergutmachungskommission festgesetzt und der deutschen Regierung bis spätestens 1. Mai 1921 mitgeteilt werden soll. Der Leitartikel bespricht die von den Alliierten festgesetzte Regelung der Frage und schließt: Dies ist, wie man sieht, ein ziemlich langer Weg und man hat sicher Grund genug, dem kommenden Winter in Deutschland mit Beunruhigung entgegenzusehen. Der Druck, den Artikel 233 ausübt, wird nicht behoben werden. Es besteht daher nicht die Aussicht, daß Deutschlands ungesunde wirtschaftliche Lage sich vorläufig bessert. Die erste Voraussetzung hierfür ist, daß Deutschland wieder ausfüllt. Die Ausführungsmöglichkeiten sind jedoch von der Valuta abhängig. Und besteht denn irgend welche Aussicht, daß diese sich hebt? Dieser Winter kann in Deutschland sehr gefährlich werden. Wer weiß, ob er nicht so gefährlich wird, daß er alle Berechnungen der Wiedergutmachungskommission zunichte macht.

Dänemark und der Völkerbund.

Kopenhagen, 11. Nov. In seiner gestrigen Rede im Folketing führte der Ministerpräsident noch aus, der Grundgedanke, auf dem das Verteidigungssystem und das Militär früherer Zeiten basierten hätten, habe sich geändert. Der Schwerpunkt Europas sei nach Westen verrückt worden. Jetzt nach der Bildung des Völkerbunds sei der alte Neutralitätsbegriff nicht mehr in Uebereinstimmung mit der Zeit. Es würde nicht im Interesse der kleinen Staaten liegen, wenn der Völkerbund in einander entgegengesetzte Ententen und Allianzen zerstückelt würde. Hierüber seien sich die nordischen Länder sicher einig. Hinsichtlich der zukünftigen Militärordnung Dänemarks dürfe nicht vergessen werden, was seitens der englischen Regierung zweifellos mit Zustimmung der französischen Regierung über die militärischen Pflichten der Völkerbundsmitglieder zum Ausdruck gebracht worden sei: es müsse eine Verteidigungstreitmacht vorhanden sein. Eine eigenmächtige Herabsetzung des dänischen Militärs wofens der Art, daß keine Effektiv mehr übrig bleibe, würde gegen die Satzungen des Völkerbunds verstoßen. Dänemark müsse guten Willen zeigen, die Bürden zu tragen, zu denen es als Mitglied des Völkerbunds verpflichtet sei.

Die nordischen Staaten für Beschränkung der Rüstungen.

Berlin, 11. Nov. Laut „So. Morgenblatt“ haben die Regierungen der drei nordischen Länder beim Völkerbund eine Eingabe über die Maßnahmen zur Beschränkung der Rüstungen gemacht. Sie entspricht der auf der letzten nordischen Ministerkonferenz in Kopenhagen in dieser Angelegenheit gefaßten Resolution.

Herabsetzung der Militärdienstzeit in Belgien.

Brüssel, 11. Nov. (Havas.) Das belgische Kabinett soll geneigt sein, die sechsmonatige Militärdienstzeit etappenweise im Rahmen des Möglichen ohne Gefährdung der nationalen Verteidigung herabzusetzen.

Der Triumph des französischen Militarismus.

Paris, 11. Nov. Der „Matin“ schreibt: Der Sieg des Militarismus für 1920 weist Ausgaben im Betrage von 6 546 875 210 Franken auf und sieht an Truppen 696 000 Mann und 38 473 Offiziere vor, abgesehen von den dem Kolonialministerium unterstehenden Truppen in Algerien, Senegal, Marokko.

Die englisch-französische Einigung in der Wiedergutmachungsfrage.

Paris, 10. Nov. Die Antwort der britischen Regierung auf die französische Note bezüglich des Verfahrens in der Wiedergutmachungsfrage ist noch nicht in Paris eingetroffen. Sie wird besagen, daß die alliierten Sachverständigen die Vorschläge der deutschen Sachverständigen anhören und entgegennehmen werden, worauf dann im Februar nächsten Jahres die alliierten Finanzminister in Genf zusammenkommen werden. Erst nach dieser Konferenz der Finanzminister wird die Wiedergutmachungskommission die Schuld Deutschlands festsetzen, worauf dann endlich die alliierten Regierungen die Sanktionen für die Erfüllung bestimmen werden. — England unterwirft sich also, wie erwartet, der französischen Auffassung, daß Deutschland zuerst seine Vorschläge vorlegt, daß sich dann die Alliierten einigen, und schließlich also wieder ihre Bedingungen mehr oder weniger nachdrücklich diktiert.

Englisch-französische Freundschaftsversprechungen am Jahrestage des Waffenstillstandes.

(W.B.) London, 12. Nov. Im gesamten Britischen Reich fand am 2. Jahrestage des Waffenstillstandes eine Gedächtnisfeier für die im Weltkrieg gefallenen britischen Soldaten statt. In London fand unter Beteiligung des Königs die feierliche Enthüllung eines Epitaphiums und die Beisetzung des „unbekannten Kriegers“ in der Westminster-Abtei statt. Der König sandte ein Telegramm an den Präsidenten der französischen Republik, worin er seiner Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Schwierigkeiten, die sich in Zukunft ergeben könnten, überwunden und die gemeinsamen Ziele beider Nationen verwirklicht werden. Lloyd George sandte ein Huldigungstelegramm an Foch.

Ein tschechoslowakisch-südslawisches Bündnis gegen Ungarn.

Prag, 11. Nov. Die tschechoslowakische Regierung veröffentlicht den Text der mit der südslawischen Regierung in Belgrad am 14. August 1920 abgeschlossenen Konvention. Darin heißt es: Im Falle eines unprovokierten Angriffs seitens Magyars gegen eine der vertragsschließenden Parteien verpflichtet sich die andere, zur Abwehr der überfallenen Partei beizutragen. Keine der beiden vertragsschließenden Parteien kann eine andere Allianz mit einer dritten Macht ohne vorherige Verständigung der anderen Partei abschließen. Diese Konvention ist für zwei Jahre,

beginnend mit dem Tage des Austausches der Ratifikation, abgeschlossen.

Bulgarien will in den Völkerbund.

Sofia, 10. Nov. Der bulgarische Ministerpräsident hat an das Sekretariat des Völkerbundes das Gesuch um Aufnahme Bulgariens in den Völkerbund gerichtet.

Der neue Präsident von Amerika und der Völkerbundsgebäude.

(W.B.) Haag, 11. Nov. Wie aus „New York“ gemeldet wird, hat Harding zur Feststellung der künftigen Politik Amerikas Auftrag gegeben, Informationen über folgende zwei Punkte einzuziehen: 1. Inwieweit die europäischen Staaten geneigt sind, an einem neu zu errichtenden Völkerbund sich zu beteiligen; 2. wieviele Senatoren bei einer einfachen Aenderung des gegenwärtigen Völkerbundsstatus geneigt sein würden, für den Beitritt Amerikas zu stimmen.

Ausland.

Eine Gambettajer in Paris.

Paris, 11. Nov. Heute Vormittag wurde unter starker militärischer Begleitung das Herz Gambettas und die Leiche des „unbekannten Soldaten“, umgeben von den Fahnen des Krieges 1870—71, vom Bahnhof nach dem Pantheon übergeführt. Hier hielt der Präsident der Republik, Millerand, eine längere Rede, in der er Gambetta feierte und erklärte, die Vergangenheit würde Frankreich Vertrauen in seine Zukunft geben. Frankreich und die Zivilisation (?) seien gerettet. — Man muß sagen, wenn die „Zivilisation“ so aussieht, wie sie von Frankreich geübt wird, dann kann die Welt stolz auf dieses französische Werk sein. Auslieferung und brutale Vergewaltigung von großen Völkern, das heißt man in Paris — Zivilisation.

Preisabbau in Amerika.

London, 11. Nov. Neuter meldet aus New York, daß zahlreiche Preiserminderungen eingetreten sind. Die Volksspeiseanstalten haben ihre Preise um 23 Prozent herabgesetzt. Dergleichen finden beträchtliche Preiserminderungen für Textilwaren und Männerbekleidung statt. Auch Rohzucker sank beträchtlich im Preis. In Minneapolis stellt sich der Preis für Weizen seit vier Jahren wieder auf 10 Dollar pro Tonne.

Amsterdam, 11. Nov. „Daily Chronicle“ meldet aus New York, daß den Schätzungen des amerikanischen Landwirtschaftsamt zufolge die Mais-, Reis-, Kartoffel- und Tabakernte in diesem Jahre die größte in der Geschichte der Vereinigten Staaten sein wird. Dergleichen verzeichnet auch Canada eine Rekord-ernte.

Auch Amerika erhöht die Steuern.

London, 9. Nov. Die „Times“ melden aus New York: Das Finanzministerium teilte mit, das amerikanische Volk müsse noch während mindestens dreier Jahre die aus dem Kriege entstandenen Steuern in Höhe von jährlich einer Milliarde Pfund Sterling zahlen. Eine beträchtliche Erhöhung der Einkommensteuer werde als notwendig erachtet. Auch werde die Frage besprochen, wie weit der neue republikanische Kongreß höhere Einfuhrzölle verlangen werde.

Deutschland.

Ein neues Kuchenbackverbot?

Berlin, 11. Nov. Der Hauptausschuß des Reichstags nahm einen sozialdemokratischen Antrag betreffend das Verbot für die gewerksmäßige Herstellung von Kuchengebäck an.

Gegen die Selbstschutzzorganisationen.

Berlin, 12. Nov. Wie die Morgenblätter aus Magdeburg melden, hat Oberpräsident Hörning die Regierungspräsidenten der Provinz Sachsen beauftragt, in schärfster Weise gegen alle Selbstschutzzverbände nach dem Muster der Organisation Eiserich vorzugehen und ihm über das Ergebnis innerhalb 14 Tagen zu berichten.

Der bayrische Ministerpräsident

über die Einwohnerwehr.

München, 10. Nov. In der heutigen Sitzung des Bayerischen Landtags sagte Ministerpräsident v. Kahr u. a.: Die auswärtige Politik, die Bayern treibt, ist ihm durch die besonderen Verhältnisse aufgenötigt im Interesse des Reiches. Was wir tun, geschieht im Einvernehmen mit dem Reich. An eine Sonderpolitik denken wir nicht. Wir sind in dem Bestreben einig, den Friedensvertrag so weit wie möglich zu erfüllen und die Frankreich zugefügten Schäden wieder gut zu machen. Unmögliches darf man aber nicht von uns verlangen. Dazu gehört die Forderung von 810 000 Milchkuh. Verständigung und Versöhnung ist das Leitmotiv unserer Politik im Innern. Der einstige Zweck der Einwohnerwehr ist Selbstschutz und Schutz der staatlichen Ordnung. Der Staat kann die Unterstützung der Einwohnerwehr nicht entbehren, da er wehrlos gemacht worden ist. Die Staatsfeinde rüsten zu neuer Revolution. In den letzten Tagen sind durch die Presse unwiderlegte Enthüllungen über einen Operationsplan Moskaus mit den deutschen Radikalen gegangen. Es kam dann am 12. Oktober 1920 die Note General Kollats, nach der unsere Selbstschutzzorganisationen aufgelöst werden sollen. Die Einwohnerwehr fällt nicht unter die nach dem Friedensvertrag aufzulösenden Organisationen. Würde die Einwohnerwehr aufgelöst oder entwaffnet, so würde das ein Verstoß in den Bolschewismus bedeuten. Der Untergang Deutschlands würde aber den Untergang Europas und der europäischen Kultur bedeuten. Bei der anzunehmenden Aufrichtigkeit der Verbandsmächte wird sich ein Weg finden lassen, der den beiderseitigen Interessen gerecht wird.

Bermischtes.

Unser Schiffsverkehr hebt sich wieder.

Im Hamburger Hafen sind im Oktober angekommen: 430 Dampf- und Segelschiffe mit 458 989 T. gegen 218 Schiffe mit 142 623 T. im Vorjahr. Abgegangen sind im Oktober 503

Dampf- und Segelschiffe mit 476 600 T. gegen 236 bzw. 141 682 T. im Vorjahr.

Etwas vom Zucker.

Deutschlands Zuckerverbrauch hat nach amtlicher Berechnung im ganzen Betriebsjahr 1919—20 rund 18,84 Millionen Zentner betragen, gegen 29,10 und 32,10 Millionen Zentner in den beiden vorangegangenen Betriebsjahren. Die deutschen Zuckerraffinerien erzeugten in dem vorerwähnten Jahr zusammen rund 9,68 Millionen Zentner Verbrauchszucker gegen 15,77 und 17,75 Millionen Zentner in den beiden vorangegangenen Jahren.

Die allgemeine Nährpflicht.

Von F. Seydewitz-Heimdal.

Warum soll die einst so segensreiche allgemeine Wehrpflicht, den heutigen Notwendigkeiten entsprechend, nicht in eine allgemeine Nährpflicht übergeführt werden können?

Unsere völkische Notlage bedingt möglichste und schnelligste Ausnutzung unserer Bodenschätze: der Kohle für Industrie, des Kali für Landwirtschaft. Wie wäre es, wenn zum raschesten Abbau dieser deutschen Bodenschätze die allgemeine Nährpflicht eingeführt würde, so zwar, daß jeder 20jährige Deutsche sein „Einjähriges“ im Bergbau abzudienen hätte ohne Entlohnung, nur mit voller Verköstigung einschließlich Bekleidung und Taschengeld? Und Mannezzucht wie im alten Waffsenheer? Der Arbeitsertrag fällt ausschließlich dem Reiche zu.

Man überdenke die Wirkungen einer solchen Maßnahme: Gewaltige Steuererminderung, wirkliche Warenerzeugung, die Rohstoffaustausch und Einfuhr von Lebensmitteln ohne Ausbeutung der „Valuta“ ermöglicht, Verdoppelung der heimischen Bodenerzeugnisse in Landwirtschaft, Angleich der deutschen Währung an die fremdstaatlichen Geldscheine usw.

Von einem „Raubbau“ könnte keine Rede sein, da unsere Kali lager schier unerschöpflich sind. Und bis unsere Kohlen- schätze abgebaut sind, haben wir längst vollwertigen Ersatz in den ausgebauten Wasserkraften.

Mit Kali allein können wir auf diese Weise unsere Kriegslasten und Staatsschulden in wenigen Jahren bezahlen!

Als Nebenwirkung der allgemeinen Nährpflicht käme in Betracht: Fortfall der „Arbeitslosigkeit“, da die Plätze der Einberufenen frei würden und durch Beschaffung dieser Bodenschätze sich weitere Arbeitsmöglichkeiten ergäben.

Die Nährpflicht ist allgemein, das heißt, kein deutscher Staatsbürger unter 20 Jahren darf sich ihr entziehen oder „be-freien“ lassen. Nur Krüppel sind befreit; sonst ist kein Unterschied zwischen 17, 18 oder 19, da es dann nährpflichtfähig hießel. Die Nährpflicht müßte auch insofern gerecht sein, daß von jeder Familie ein Sohn sein Jahr zu dienen hätte. Das heißt: In einer Familie mit 6 Söhnen leistet einer sein Jahr oder jeder seine zwei Monate. Kinderlose Familien oder solche nur mit Töchtern leisten den Betrag, den ein Nährpflichtiger für das Reich verbietet. Denn die Nährpflicht ist nicht bloß Pflicht, sondern auch Ehrenfrage und Forderung der Gerechtigkeit, da alle Staatsbürger auch die Vorteile der allgemeinen Nährpflicht in gleicher Weise genießen. Gleiches Recht für alle setzt gleiche Pflicht für alle voraus.

Vaterland, hier ist ein Weg in die Freiheit, zunächst in die wirtschaftliche, die Voraussetzung und Grundlage eines wahrhaft freien Volksstaates ist.

Unsere Ernährungslage und -Organisation.

Berlin, 10. November. Heute wurde im Hauptausschuß des Reichstags die Debatte über die Politik des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fortgesetzt. Abg. Dusch (D.Bp.) trat zunächst den gestrigen Ausführungen der Abgeordneten Hoch (Soz.) und Dr. Herz (U.S.P.) entgegen, die der Landwirtschaft im allgemeinen niedrige Motive unter- schrieben hätten. Reichsernährungsminister Hermes nahm alsdann Stellung zu verschiedenen Äußerungen der Redner. Leider habe sich herausgestellt, daß nicht alle Landwirte hinter den landwirtschaftlichen Organisationen ständen, sodaß die Regierung dort, wo die Wirksamkeit der Organisation nicht genüge, selbst ver-mitteln eingreifen müsse. Dadurch solle das Vertrauensverhältnis zwischen der Regierung und den landwirtschaftlichen Organisationen nicht berührt werden. Es sei lediglich ein Zusammenarbeiten und ein gegenseitiges Ausweichen beabsichtigt. Die Entente, besonders in Roggen, sei zwar schlecht gewesen, damit allein ließe sich aber nicht die sehr mangelhafte Ablieferung des Brotgetreides erklären. Die Lage sei außerordentlich ernst. Der Schleichhandel in Mehl nehme einen riesigen Umfang an. Der Minister appellierte an die Landwirtschaft, alles zu tun, was in ihren Kräften stehe, um die Dinge nicht weiter so treiben zu lassen. Wenn vielleicht auch Strafen nicht ausreichende Hilfe schaffen werden, so bleibe der Regierung schließlich doch nichts anderes übrig. Bei der Fortsetzung der Beratung des Haupt-ausschusses des Reichstages erklärte Minister Hermes weiter: „Die Haferernte ist nicht ungünstig. Nach der Schätzung der Saatenberichterstattung beträgt die Haferernte 1920 4,2 Millionen Tonnen gegen 4,5 Millionen im Jahre 1919 und 4,2 Millionen im Jahre 1918. Es ist also genügend Hafer vorhanden. Sollte in der nächsten Zeit nicht genügend abgeliefert werden, so müßte eben ein Zwangsverfahren zur Ablieferung von Mindestmengen eingeführt werden. Bei den Düngepreisen läßt sich im Augenblick nicht mehr als eine Stabilisierung der Preise erreichen. Eine Ermäßigung der Stickstoffpreise mitten im Dünge-jahr erscheint nicht ratsam. Was die Zuckerverwirtschaftung an-etrifft, so habe ich nie das Bestreben der landwirtschaftlichen Kreise nach der Freigabe des Zuckers verstanden. Käme es zur Freigabe, so würde der Zucker ins Ausland strömen. Die Ernährungsvor-sichten für den Winter sind nicht tröstlos, aber schwierig durch den Übergang von der Zwangswirtschaft in die freie Wirtschaft. Trotzdem mußte dieser Schritt einmal getan werden, damit die produktiven Kräfte der Nation sich entfalten können. Die Ver-hauptung des Abgeordneten Dr. Herz (U.S.P.), daß sich insolge

der...
Landw...
gaben...
unzure...
möchte...
dürfte...
dieses...
gleiche...
an, so...
dieses...
des Sa...
Zu...
daß...
minis...
auf...
gelöst...
In das...
stellen...
geben...
Dauer...
bei de...
stelle...
Entwic...
rungs...
vom 1...
waren...
nen 11...
tionen...
stehen...
tober 1...
Kriegs...
haben...
bestand...
Angele...
Die...
bigewo...
hen mu...
Werklag...
schäfts...
rigen...
nennen...
wenn...
kunft...
verarbe...
verwie...

In...
schreibt...
der...
sucht...
rung...
rund...
in hun...
und...
zigen...
schreck...
baren...
nur zu...
Presse...
welche...
Land...
misch...
langt...
denen...
Milch...
hörten...
den deu...
die Fran...
Deutsch...
die deut...
seine...
gend...
unrech...
die...
In die...
maligen...
ren. Un...
lich zu...
Auf...
Haffen...
wenn...
auch...
Sie...
Städte...
nationale...
voraus...
bedeutet...

Soll...
In d...
von den...
liche...
Ewa...
scher...
Kreuz...
Roten...

amtllicher Berechnung
14 Millionen Zentner
Zentner in den bei-
deutschen Zuckerraffi-
ne zusammen rund
15,77 und 17,75
ngen Jahren.

Nicht.
inmal.
gemeine Wehrpflicht,
nicht in eine all-
werden können?
ste und schleunigste
hle für Industrie,
s, wenn zum rasche-
ie allgemeine Nähr-
20jährige Deutsche
hätte ohne Ent-
sichtlich Bekleidung
wie im alten Was-
ich dem Reiche zu-
den Maßnahmen: Ge-
zeugung, die Wohl-
e ohne Ausbeu-
ung der heimischen
der deutschen Wäh-
e.
de sein, da unsere
bis unsere Kohlen-
artigen Ersatz in den
eise unsere Kriegs-
n bezahlen!
pflicht käme in Be-
Blätze der Einbe-
dieser Bodenschätze
heißt, kein deutscher
entscheiden oder „be-
sonst ist kein Unter-
pflichtig hieselbst
cht sein, daß von
dienen hätte. Das
leistet einer sein
e. Kinderlose Fa-
nen Betrag, den ein
ne die Nährpflicht
che und Forderung
ch die Vorteile
enießen. Gleiches
e.
e iheit, zunächst
ng und Grundlage

Organisation.
Hauptausgang des
Reichsministeriums
Abg. Dujschke
erungen der Abge-
B.) entgegen, die
Notive unter
s nahm alsdann
edner. Leider habe
nter den lan-
ie Regierung dort,
genüge, selbst ver-
Vertrauensverhält-
schaftlichen Orga-
isch ein Zusammen-
chtigt. Die Ent-
wesen, damit allein
ieferung des Brot-
ntlich ernst. Der
Umfang an. Der
es zu tun, was in
e so treiben zu las-
schende Hilfe schaf-
efflich doch nichts
atung des Haupt-
er mes weiter:
der Schätzung der
920 4,2 Millionen
und 4,2 Millionen
vorhanden. Sollte
t werden, so müßte
on Mindestmengen
reisen läßt sich im
ng der Preise er-
mitten im Dänge-
irtschaft anerkenn-
tlichen Kreise nach
es zur Freigabe, so
ie Ernährungsan-
schwierig durch den
e freie Wirtschaft
werden, damit sie
können. Die Be-
, daß sich infolge

der Abzweigung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft von dem Reichswirtschaftsministerium der Ausgabenbedarf um mehr als 194 Millionen Mark erhöht habe, ist unzutreffend. Die Deckung des Milchnotbedarfs möchte ich als im allgemeinen nicht ungünstig bezeichnen. Es dürfte dies hauptsächlich auf die günstigen Futterverhältnisse dieses Jahres zurückzuführen sein. Stellt man allgemein Vergleiche zwischen diesem Jahre und den drei vergangenen Jahren an, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß die Milchverjorgung dieses Jahres nach dem Tiefstand des Jahres 1919 fast die Höhe des Jahres 1917 wieder erreicht bzw. überschritten hat."

Zur Frage der Kriegsorganisationen erklärt der Minister, daß von den 38 Kriegsorganisationen, über die das Ernährungsministerium bei seiner Eröchtung am 1. April 1920 die Dienstaufsicht übernommen habe, bereits 13 Organisationen völlig aufgelöst oder bis zum 1. April 1921 in Liquidation treten werden. An das Reichswirtschaftsministerium sind als reine Abwicklungsstellen ohne bewirtschaftende Tätigkeit 12 Organisationen abgegeben worden. Mit einer über den 1. April 1921 hinausgehenden Dauer ist daher nur bei 5 Organisationen zu rechnen, nämlich bei der Reichsgetreidestelle, Reichskartoffelstelle, Reichsfleischstelle, Reichsstelle für Speisefett und der Reichszuckerstelle. Die Entwicklung des Personalbestandes bei den dem Reichsernährungsministerium unterstellten Kriegsorganisationen in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1920 ergibt folgendes Bild: Es waren beschäftigt am 1. April 1920 a) bei allen 38 Organisationen 11 715 Beamte und Angestellte, b) bei den Kriegsorganisationen, die jetzt noch dem Reichsministerium für Ernährung unterstehen, 10 125 Beamte und Angestellte. Dagegen sind am 1. Oktober 1920 bei den dem Ernährungsministerium unterstehenden Kriegsorganisationen nur noch 7655 Beamte und Angestellte vorhanden. Im Laufe des Monats Oktober hat sich der Personalbestand um weitere 747 vermindert, also auf 6908 Beamte und Angestellte.

Die Frage, ob die Bewirtschaftung des Zuckers notwendigerweise für ein weiteres Jahr unbedingt aufrechterhalten bleiben muß, kann nur im Zusammenhang mit der Betrachtung der Weltlage beurteilt werden. Der Uebergang in das neue Wirtschaftsjahr, der sich gegenwärtig vollzieht, geht unter viel schwierigeren Verhältnissen vor sich, als in den Vorjahren, da keinerlei nennenswerte Borräte aus dem alten in das neue Jahr übernommen werden können. Von einer Einfuhr des Zuckers kann, wenn die Schätzung der Produktion ernst wird, wohl in Zukunft grundsätzlich Abstand genommen werden. Nur die Zucker verarbeitende Industrie soll im wesentlichen auf Auslandszucker verwiesen werden.

Deutschlands Milch-Knappheit.

In einem Wiener Brief an den "Manchester Guardian" schreibt Mr. G. Lows Dickinson: Ich habe in Berlin eben einige der Anstalten (— es sind deren 800 in Berlin allein —) besucht, in welchen von den Amerikanern an deutsche Kinder Nahrung verabreicht wird. Insgesamt werden so in Deutschland rund 1/2 Million genährt. Mitanzusehen wie richtige Nahrung in hungrigen Mund geschoben wird. Dankbarkeit, Wohlwollen und Gültigkeit zu beobachten! — Aber diese sind auch die einzigen frohen und menschlichen Eindrücke, welche diese Stadt der schrecklichen Nacht auf mich machten, umfomehr wegen der scheinbaren Wohlhabenheit, welche den Fremden in den teuren Hotels nur zu leicht irreführt. Während ich schreibe, steht die deutsche Presse voll mit bitteren Artikeln betr. der 810 000 Milchflüße, welche die Entente fordert. Die ganze Milch, welche in Deutschland aufzutreiben ist (— ausgenommen die sehr teure Condensmilch —) wird für die Säuglinge benötigt. Die Entente verlangt mehr als 1/10 der in Deutschland stehenden Röhre, unter denen viele sind, welche wegen Futtermangel überhaupt keine Milch geben. In Frankreich und Belgien herrscht — wie wir hörten — keine Milchknappheit. Die Röhre wegnehmen heißt den deutschen Säuglingen das wenige vollends zu kürzen, damit die Franzosen und Belgier im Ueberfluß haben. Wozu all dies? Deutschland glaubt, daß die Entente durch diesen Vorstoß gegen die deutschen Kinder die Absicht hat, daß Deutschland ja nie mehr seine ehemalige Stärke wiedererlangt. Darf nach all diesem irgend ein Engländer oder Franzose bezweifeln, daß die Deutschen unrecht haben? Proteste, ich weiß, sind vergebens, denn gerade die Gründe, an welche solche Proteste gerichtet werden, sind tot. An die Menschlichkeit zu appellieren, zumal wenn es unsere ehemaligen Feinde betrifft, heißt Unwürde und Haß heraufbeschwören. Unserer Zivilisation liegt kaum mehr etwas daran christlich zu sein. Sie sagt sich: „Aug' um Auge, Zahn um Zahn!“ Auf Europa steht es in blutigen Buchstaben geschrieben. Das Hassen, Füttern und Rächen ist über uns gekommen. Aber wenn solche Leidenschaften einmal vorherrschen, werden solche auch nicht mehr vor unseren ehemaligen Feinden Halt machen. Sie reißen die internationale Uebereinstimmung jeder Nation in Stücke. In England sind wir tatsächlich schon in einen internationalen Krieg eingetreten. Bevor er vorüber ist, werden wir voraussichtlich an unserem eigenen Leib verspüren, was all dies bedeutet, aber wenn wir dies einsehen, kann es zu spät sein.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. November 1920.

Deutsche Kinderhilfe.

Volksammlung für das notleidende Kind.
In der Zeit vom 25. Oktober bis 5. Dezember 1920 wird von den 7 Wohlfahrtsverbänden: Caritasverband für das katholische Deutschland, Zentralkomitee für Innere Mission der deutschen Evang. Kirche (Evang. Reichs-Erzehungs-Verband), Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Deutsches Rotes Kreuz (Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz und Ständiger Ausschuss der Landesfrauenvereine vom Roten Kreuz), Deutsche Zentrale für die Jugendfürsorge, Ver-

einigung für Kinderhilfe u. Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden im Deutschen Reich zur Vinderung des Kinderelends eine Volksammlung auch in unserem Lande durchgeführt werden. Zu diesem Zweck haben die Zentraleitung für Wohltätigkeit, der Württ. Landesverein vom Roten Kreuz, der Landesverband für Jugendfürsorge in Württemberg, der Württ. Landesauschuss für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die Landesvereinigung für Innere Mission in Württemberg, der Caritasverband für Württemberg und der Landesverband für israelitische Wohlfahrtspflege in Stuttgart einen Arbeitsauschuss gebildet, der im Verein mit den Bezirksvertretungen dieser Verbände die Sammlung im Lande durchzuführen wird. Das Ergebnis der Sammlung bleibt zum weitaus größten Teil im Lande und kommt so den württembergischen notleidenden Kindern zugute. Nur ein kleiner Teil der Sammlung wird zur Deckung der Kosten und für einen Ausgleichsfonds an die „Deutsche Kinderhilfe“ in Berlin abgeliefert. Es dürfte daher die Hoffnung begründet sein, daß für die Vinderung des Kinderelends unseres Landes jeder, der für unsere Kinder ein Herz hat, sein Scherlein, ob groß oder klein, beitragen wird. — Weitere Mitteilungen werden folgen.

Beträchtliche Neuforderungen der Beamten.

Wie das „V. Volksblatt“ erzählt, sind die Beamtenorganisationen mit beträchtlichen Forderungen bezüglich der Teuerungszuschläge an den Reichstag herangetreten. Nach § 17 des Besoldungsgesetzes wird bekanntlich den Beamten ein veränderter Teuerungszuschlag gewährt, dessen Art und Höhe durch den Etat bestimmt wird. In § 10 des Etatgesetzes für 1920 ist nun dieser Teuerungszuschlag auf 50 Prozent festgesetzt worden. Die Beamtenverbände verlangen demgegenüber eine wesentliche Erhöhung. Sie begründen ihre Forderungen damit, daß weite Schichten der Beamtenschaft nicht im Genuß des Existenzminimums seien. Die Verhandlungen im Reichstag über die Forderungen der Beamtenschaft befinden sich erst im Stadium der Vorberedungen, so daß sich noch nichts Sicheres über den weiteren Verlauf sagen läßt.

Beschaffungsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen.

Vom Reichsministerium des Innern ist in Anregung gebracht worden, den bedürftigen Angehörigen von Kriegsgefangenen und Vermissten wie im Vorjahr auch in diesem Jahr eine einmalige Beschaffungsbeihilfe (Weihnachtsspenden aus Reichsmitteln zu bewilligen. Diese soll für Ehefrauen 400 M., für jedes zu berücksichtigende Kind 250 M. und für die sonstigen empfangsberechtigten Angehörigen zusammen 400 M. betragen. Als Stichtag soll der 1. November 1920 gelten. Die Auszahlung und Berechnung soll wiederum durch die Lieferungsverbände bewirkt werden.

Gebühren im Viehverkehr.

Die Fleischverpackungsstelle erhebt folgende Gebühren: 1. für die Zulassung zum Viehhandel für jeden Oberamtsbezirk, in dem der Handel gestattet wird, 30 M., mindestens aber 50 M. für einen Handelschein, 2. für die Zulassung zum Verkauf von Vieh durch Gewerbetreibende, bei Metzgereien 5 M., bei Fleischwarenfabrikanten 30 M.; 3. für jeden Schlupfschein 2 M.; 4. für die Erteilung der Erlaubnis zur Ausfuhr für je ein Stück Großvieh 30 M., Kälber und Schafe je 5 M., Schweine 10 M. und für 1 Kg. Fleisch- und Wurstwaren 10 Pfg.

Ein württ. Landesgewerbetag.

Die Gründung eines württ. Landesgewerbetags, bestehend aus den württ. Handwerkskammern, sowie den beruflichen und wirtschaftlichen Verbänden des württ. Handwerks, mit dem Sitz in Stuttgart, ist laut „Schw. Merkur“, in Vorbereitung begriffen. Mitglieder des württ. Landesgewerbetags sollen sein: 1. die 4 württ. Handwerkskammern, 2. die Landesverbände des württ. Handwerks, 3. der Verband württ. Gewerbevereine, 4. der Verband württ. Handwerkerergenschaften, 5. die 4 württ. Handwerker-Wirtschaftsstellen. Aufgaben des Landesgewerbetages sind: 1. Wahrung der gemeinsamen Interessen des Handwerks, insbesondere Anbahnung einheitlicher Durchführung der das Handwerk betreffenden Gesetze und Verordnungen, Vertretung des Bedürfnisses und der Wünsche des Handwerks, sowie Herbeiführung einer Anerkennung durch das Reich und die Länder. 2. Zusammenfassung der 4 Handwerkerwirtschaftsstellen zur Lösung gemeinsamer wirtschaftlicher Aufgaben (Geschäftsabteilung). 3. Förderung und Ausbau der sachlichen Organisation des württ. Handwerks in Landesbezirksverbänden und örtlichen Vereinigungen, sowie ihrer Selbstverwaltung, 4. Vertretung des württ. Handwerks im künftigen Bezirks- (Landes-)Wirtschaftsrat. 5. Stärkung des sachlichen Unterbaus der württ. Handwerks- und Gewerbevereine und Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen den Arbeitsgebieten der Fachverbände und den Handwerkskammern. 6. Herbeiführung einer Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitnehmern. 7. Pflege und Förderung der genossenschaftlichen Organisation im württ. Handwerk. Die Vollversammlung soll aus 60 Mitgliedern bestehen, von denen gewählt werden: 28 von den Innungsverbänden, 2 vom Verband württ. Gewerbevereine und 2 vom Verband württ. Handwerkerergenschaften. Die Hälfte der laufenden Verwaltungskosten sollen von den im Handwerkskammertag vereinigten Kammern aufgebracht, die andere Hälfte von den Verbänden gedeckt werden.

Vom Währungsbund.

Der Währungs- und Arbeitsbund ersucht die seinen Bestrebungen zustimmenden Parteiorganisationen, wirtschaftlichen Vereinigungen usw. gemeinsame Versammlungen zu veranstalten. Ueberall soll dem entrüsteten Protest Ausdruck gegeben werden gegen die unaufhörlichen feindlichen Bedrückungen und Drohungen, wie auch gegen alle Art des Wuchers, Schiebertums und Schlemmerelends. Nur durch die entrüstete Forderung des deutschen Volkes nach Abänderung des sog. Friedensvertrags und Zurückweisung neuer unerfüllbarer Forderungen kann uns geholfen werden.

Lehrertagung.

Der württ. Lehrerverein hält, nachdem am vergangenen Sonntag der Gesamtvorstand und am Montag die Volksschulkammer und der Landeslehrerrat Beratungen abgehalten haben, am Sonntag, 12. Dezember, eine außerordentliche Vertreterversammlung in Stuttgart ab. Vor allem soll der Beitrag erhöht werden und zwar soll ein Beitrag von 40 M. und Teuerungszuschlag nach dem Prozentsatz in der Beamtensbesoldung (50 Prozent) erhoben werden. Ferner ist die Einrichtung einer Geschäftsstelle in Aussicht genommen.

Württ. Akademikerbund.

(Schw.) Stuttgart, 10. Nov. Die Vertreterversammlung des Württ. Akademikerbunds hat am vergangenen Freitag den endgültigen Vorstand auf der Grundlage der genehmigten Satzungen gewählt. Die neue Vorstandschaft setzt sich folgendermaßen zusammen: Professor Dr. ing. Beyrauch, Polizeidirektor Dr. Nischele, stud. rer. electr. Klüber, Geh. Hofrat Dr. med. Distler und Apotheker Hofrat Dr. Fuchs. Nach eingehender Erörterung der Ziele des Akademikerzweckes, der unter den kulturellen Forderungen vor allem den Schutz der Wissenschaft durch Vermeidung einer Verschärfung der Klassenengegenseite im Auge halten soll, übergab Regierungsbauinspektor Dr. ing. Ströbel im Namen des Gründungsausschusses den Vorsitz an Professor Dr. Beyrauch, der hierauf in tiefgründenden Ausführungen das Programm eines dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes dienenden Akademikerbunds entwickelte. Vor der Vorstandswahl berichtete stud. Klüber über die Vertreterschaft des Reichsausschusses der akademischen Berufsstände in Berlin vom 19. September. Neben den Organisationsfragen wurde in Berlin die kommende Schulreform, das Arbeitsnachweisgesetz, die Stellung und der Einfluß des A.M.V. auf Tarifverträge für wissenschaftlich gebildete Angestellte eingehend erörtert. Der Württ. Akademikerbund wird in allen diesen Fragen gemeinsam mit dem A.M.V. vorgehen.

Althengstett, 11. Nov. Zu der Schultheißenwahl wird uns noch ergänzend mitgeteilt: Von 648 Wahlberechtigten hatten 430 abgestimmt, also 66,6 Prozent. Davon fielen 375 auf Herrn Schultheiß Braun, während 53 Personen leere Zettel abgegeben hatten.

Liebenzell, 11. Nov. Die Pension Bolzer-Pahl ging um die Summe von 170 000 M. und 100 000 M. für Einrichtung in den Besitz der Allg. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt über. — Eine elegante Dame, die sich scheint Betrügereien zu schulden kommen ließ, wurde heute in Schömberg von einem Beamten der Landespolizei verhaftet. In einem hiesigen Gasthof, wo Halt gemacht wurde, versuchte dann die Dame auf dem Abort sich zu vergiften oder zu betäuben und die Pulsader zu öffnen. Offenbar scheint die Dosis nicht stark genug gewesen zu sein. Die Dame zog es dann vor, nachdem ein Verband angelegt war, an das Ziel, nach Stuttgart, statt in den hiesigen Ortsarrest verbracht zu werden.

Reutlingen, 10. Nov. Das Gasthaus zum „Ritter“ wurde an Eugen Sattler, den früheren Besitzer des Gasthofs zur Linde“ in Liebenzell, um 208 000 M. verkauft.
Göppingen, 10. Nov. Aus dem Tale reisten kürzlich 12 Gipser nach Holland auf Arbeit. Die Christl. Gewerkschaften hatten die Unterkunft in Holland vorbereitet. Nun sind die ersten Nachrichten aus der Fremde eingetroffen. Sie haben im Haag Arbeit, gute Unterkunft und gute Bezahlung gefunden. Für Wohnung und Beköstigung brauchen sie annähernd ein Drittel ihres Verdienstes, können ihn aber durch Akkord und Ueberstunden steigern. Wie die „Geisl. Ztg.“ hört, soll in nächster Zeit wiederum Gelegenheit gegeben sein, nach Holland zu reisen, und im Baugewerbe Arbeit zu finden.

Stuttgart, 10. Nov. Dem Dienstagmarkt auf dem Schlachtviehmarkt waren zugehrieben: 90 Ochsen, 106 Jungbullen, 176 Jungrinder, 174 Röhre, 126 Kälber, 126 Schweine, 2 Schafe und 2 Ziegen. Der Verlauf des Marktes war belebt. Ochsen und Jungrinder wurden mit 750 M. in der 1. und 700 M. in der 2. Klasse bezahlt. Röhre galten I. 680—740, II. 500—580, III. 350—450, Kälber I. 1100—1200, II. 1000 bis 1100, III. 800—950, Schweine I. 1400, II. 1200—1300 M. je der Zentner Lebendgewicht.

Kirchliche Nachrichten.

Evang. Gottesdienste.

24. Sonntag nach dem Dreieinigkeitsfest, 14. Nov. (Ernte- und Herbstankfest). Vom Turm: 50. Predigtlied: 489 „Nun lasset Gott uns danken“. 9 1/2 Uhr: Predigt, Stadtpfarrverweser Gschwend. 11 Uhr: Abendmahl im Vereinshaus für Leidende und Gebrechliche, Missionar Stahl. 1 Uhr: Christenlehre, älterer Jahrgang der Töchter. 5 Uhr: Gesangsgottesdienst zum Erntedankfest, Stadtpfarrverweser Gschwend. Mädchenchor unter Leitung von Hauptlehrer Pfrommer. — Das Opfer des Sonntags ist für die Wohltätigkeitsanstalten des Landes und für den Bezirkswohltätigkeitsverein bestimmt.

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 14. Nov. 8 Uhr: Frühmesse. 10 Uhr: Predigt und Amt. 12 Uhr: Christenlehre. 2 Uhr: Andacht. Beichtgelegenheit: Samstag ab 4 Uhr nachmittags, Sonntag früh ab 7 Uhr.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.
Sonntag, den 14. Nov. 1920. Vorm. 10 Uhr: Predigt, Pföfer. 11 Uhr: Sonntagsschule. Abends 8 Uhr: Predigt, Reichle. Mittwoch, 8 Uhr: Bibelfunde, Stoof.
Stammheim: Vorm. 10 Uhr: Predigt. Nachm. 2 Uhr: Predigt. Mittwoch, 8 Uhr: Bibelfunde, Pföfer.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Hülshager'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Versorgung.

Bis Montag, 15. Nov. können bestellt werden auf Lebensmittelmarke Nr. 228 Teigwaren, Nr. 229 Gries, Nr. 230 Käse. Die Kleinhändler wollen die Bestellmarken am Dienstag, 16. vorm. von 8-9 Uhr auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 abliefern.

Lebensmittel- usw. Kartenabgabe am Montag, 15. Nov. 1920, vormittags von 8^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr Buchstaben A bis F, vormittags von 10 bis 12 Uhr Buchstaben G bis L, nachmittags von 2 bis 3 Uhr Buchstaben M bis R, nachmittags von 3^{1/2} bis 5 Uhr Buchstaben S bis Z.

Die Karten sind zur vorgeschriebenen Zeit abzuholen und beim Empfang nachzuzählen. Für angeblich zu wenig erhaltene Karten kann kein Ersatz geleistet werden, es wird daher ersucht möglichst keine kleine Kinder zu schicken.

Die Kleinhändler haben Buttermarke 1 und 2 am Dienstag, den 23. November, vormittags von 8 bis 10 Uhr beim Stadtschultheißenamt abzuliefern.

Hirsau, den 10. November 1920

Dankfagung.

†

Im tiefen Dank Allen, welche uns während der langen Krankheit und dem Hinscheiden unseres lieben Vaters

Christian Kübler

Liebe und Teilnahme erwiesen haben.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Trikot-Hemden

für Knaben und Herren in allen Größen und verschiedenen Preislagen empfiehlt

Paul Räuchle, vorm. J. Steudle, Calw am Markt.

Wilhelm Kistler, Sindelfingen
Kupfer- und Schmiederei, Kesselschmiede, Apparatebauanst.

Anfertigung v. Kupferarbeiten jeder Art.

Spezialität: Dampf-, Wasserbad und einfache Brennerarbeiten in vollendeter Ausführung, bei billigster Berechnung.

Wiesen-Verpachtung.

Die Calwer Schützen-Gesellschaft verpachtet am Samstag, den 13. November, 2 Uhr nachmittags die

Schützenwiesen im Maßgehalt von ca. 6 Morgen auf weitere 5 Jahre. Zusammenkunft im Schützenhaus.

Calwer Schützen-Gesellschaft.
Dr. Autenrieth, Schützenmeister.

Bestellungen auf flüssig. Rohmelasse

Zuckergehalt ca. 47%, Preis für den Zentner ca. 80 Mk., wollen umgehend gemacht werden bei der

Oberamtspflege Calw.

Neue Fahrpläne für den Oberamtsbezirk sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 50 Pfg. zu haben.

Hirsau. Geschäfts-Eröffnung.

Der geehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich in meinem elterlichen Hause

Liebenzellerstraße 131 ein Kaffee

eingerrichtet habe und am kommenden

Sonntag, den 14. d. Mts. eröffnen werde.

Ich werde es mir angelegen sein lassen, meine werten Gäste stets aufs Beste zu bedienen und bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Hochachtungsvoll
Wilhelm Boley.

Bin wieder unter

Nr. 2 an das Telefonnetz angeschlossen.

Matthäus Bürdile, zum Hirsch, Breitenberg.

Ein schwarz mit gelb gezeichnetes

Hund zugefahren.

Abzuholen innerhalb 8 Tagen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld bei

Michael Kappler, Eberspiel.

Zugelaufen ist ein schwarzer **Hund**

Abzuholen gegen Einrückungsgebühr u. Futtergeld bei

Triseur Martin, Hirsau.

Suche bis 1. Dezember ein fleißiges, ehrliches

Mädchen für Küche und Haushalt.

Anna Harisch, z. Schiff.

Mädchengesuch.

Suche bis 15. Nov. oder 1. Dez. ein

Mädchen von 16-17 Jahren, nach Eßlingen. Näheres bei

Bäcker Luz, Badstraße.

Suche einen 16-18 jähr.

Jungen für Landwirtschaft

Gottlieb Stahl, z. Adler, Biefelsberg.

Hausierer für gute Artikel gesucht.

Otto Kriebler, Calw, Hirsauerstraße 224.

Wolldecken Bettvorlagen

in schöner Auswahl

Ernst Schall.

Citacifa. Ein herrlicher Tabak!

Garantiert rein überseeischer Rauch-Tabak 100 Gr.-Paket nur noch **7 Mk.** Befriedigt den verwöhnten Raucher!

In jedem Geschäft zu verlangen

Vertreter an allen Plätzen gesucht! **Uanacker-Strasse 25**

A. Lindauer, Stuttgart

Harmoniums

werden als beliebte Hausmusik für die kommenden Winterstage bereits wieder lebhaft begehrt. Wir sind in der Lage, gute und bewährte Instrumente in verschiedenen Größen und Holzarten sehr preiswert liefern zu können und bitten, uns Anfragen und Wünsche baldigst wissen zu lassen. Reelle und billige Bedienung. Auf Wunsch Ratenzahlung.

Versand nach auswärts.

Musikhaus Griebmayer, Pforzheim
westliche Karl-Friedrichstraße Nr. 9.

Calwer Tagblatt

Wenn Sie eine Zeitung lesen wollen, die rasch und zuverlässig über alles Wissenswertes berichtet, dann bestellen Sie

Das Calwer Tagblatt!

Oberkollbach.

Am Sonntag, den 14. November d. J. nachmittags 3 Uhr findet die

Einweihung unseres **Kriegerdenkmals**

statt, wozu Freunde und Gönner unserer Sache herzlich eingeladen sind.

Gemeinderat:
Dorft.: Calmbacher.

Calw.

Auf morgen Samstag lade ich meine werthe Kundschaft zu einer guten

Schlachtplatte

ein

Hermann Siebenrath, neben der Post.

Hemden-Flanelle Unterrock-Flanelle Kleider-Flanelle

in schönen Mustern und zu günstigen Preisen empfiehlt

Paul Räuchle, vorm. J. Steudle, Calw am Markt.

Sprengstoff zum Stockholz Sprengen **"Silvit"**, Sprengpatronen, Zündschnüre, Sprengpulver, Jagdpulver, Musketpulver, Jagdpatronen, Schrote, Patronenhülsen usw., Pistolenmunition, Revolvermunition, Flobermunition, Fuchsfallen, Marderfallen usw. usw. zu billigsten Tagespreisen

Emil Retter, Weilderstadt.

Sägmehl hat laufend abzugeben

Louis Bey, Sägewerk, Unterreichenbach.

Verkaufe am Samstag mittag 2 Uhr ein

Wagen-Gestell eines abgebauten Feldbackofens, ganz neu, Tragkraft 80-100 Zentner, sowie 2 schwächere und 2 stärkere

Läufer-Schweine

Fr. Wohlgenuth, z. Waldhorn, Stammheim

Gehingen.

Ein schönes

Zucht-Rind

unter zwei die Wahl verkauft

Eugen Gehring.

Weihnachtskerzen!

in allen Farben, nicht tropfend, per 100 Stück 19 Mk.

Emil Bogner, Stuttgart - Gablenberg.

Ein Paar wenig getragene

Herren-Stiefel Größe 43, sind zu verkaufen.

Leberstraße 176.

Einen noch gut erhaltenen

Regulier-Füllofen ein Hand-**Britischenwägele**

10 Zentner Tragkraft, ist billig abzugeben

Kronenstraße 113.

Hühner (1920er) sucht zu kaufen

Albert Wohlheber, zum Lamm, Liebenzell.